

Forum Soziale Demokratie

Gute Arbeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert

Die Arbeitsmarktpolitik steht nicht zuletzt wegen der gegenwärtigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, deren Ausmaß noch unklar ist, vor großen Herausforderungen. Zwar ist die Arbeitslosenquote in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich gesunken, zahlreiche neue Arbeitsplätze wurden geschaffen und noch nie sind so viele Personen einer Beschäftigung nachgegangen wie heute. Doch sind stagnierende Reallöhne, Langzeitarbeitslosigkeit, Leiharbeit, Lohnspreizung, prekäre Arbeitsverhältnisse, Dumpinglöhne, Tarifflicht etc. die negativen Erscheinungsformen der flexibilisierten und globalisierten Arbeitswelt.

Die Ungleichheit innerhalb des Arbeitsmarktes und die Verunsicherung der Beschäftigten nehmen zu. Es wird ein zentrales Anliegen zukünftiger Arbeitsmarkt-

politik sein, diesen Entwicklungen zu begegnen mit dem Ziel, „Gute Arbeit“ für alle zu erreichen. Dies bedeutet faire und gerechte Entlohnung, Mindestlöhne, gute Arbeitsbedingungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Verwirklichung von Chancengleichheit in der Berufswelt, Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte.

Wie soll dieses Konzept der „Guten Arbeit“ konkret umgesetzt und welche Maßnahmen müssen ergriffen werden? Welche Perspektiven ergeben sich für die zukünftige Arbeitsmarktpolitik und welche Bedeutung kommt hierbei der Bildungsfrage zu? Und schließlich: Welche Auswirkungen wird die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben und wie ist es vor diesem Hintergrund um das Ziel der Vollbeschäftigung bestellt?



INHALT



Jutta Allmendinger

Geboren 1956 in Mannheim. Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Volkswirtschaftslehre. Promotion 1989 in Harvard, 1993 Habilitation. 1992–2007 Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2003–2007 Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Seit 2007 Direktorin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).



Olaf Scholz

Geboren 1958 in Osnabrück. Studium der Rechtswissenschaft. Seit 1985 Rechtsanwalt. 1998–2001 sowie seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags. 2001 Innensenator von Hamburg. 2002–2004 Generalsekretär der SPD. 2005 Wahl zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion sowie in den SPD-Parteivorstand. November 2007 Ernennung zum Bundesminister für Arbeit und Soziales.

Februar 2008

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-7145

Fax: 030 26935-9245

Redaktion: Tobias Mörschel

Fotos: Jens Schicke

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign

Druck: braunschweig-druck GmbH

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Olaf Scholz

Spricht man über „Gute Arbeit“, darf man an dem Thema Vollbeschäftigung nicht vorbeireden. Vollbeschäftigung ist ein Ziel, das demokratische Marktwirtschaften nicht aufgeben dürfen. Wenn wir sicherstellen wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger aus eigener Anstrengung ihren Lebensunterhalt bestreiten können, müssen wir ihnen auch garantieren, dass sie vielleicht nicht unbedingt die Arbeit, die sie sich vorstellen, und vielleicht nicht die Arbeit, die so bezahlt ist, wie sie es sich wünschen, aber auf alle Fälle früher oder später eine Arbeit finden. Gelingt dies nicht, dürfen wir uns nicht wundern, wenn viele Menschen Zweifel haben, ob die Politik an ihren Interessen ausgerichtet ist. Deshalb ist mit aller Anstrengung dafür Sorge zu tragen, dass wirklich jeder eine realistische Chance auf Arbeit hat.

Im November 2008 hatten wir weniger als drei Millionen Arbeitslose. Wir wissen allerdings, dass die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 wieder steigen wird, zum einen saisonbedingt, zum anderen weil sich die negative wirtschaftliche Entwicklung auf den Arbeitsmarkt niederschlagen wird.

Insgesamt war die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sehr positiv: Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung konnte daher gesenkt werden. Dieser lag vor kurzem noch bei 6,5 Prozent. Heute müssen wir heute nur noch drei Prozent Beitrag erheben. Viele, die zuvor arbeitslos waren, haben eine Beschäftigung gefunden. Hinzu kommen zwischen 500.000 und 900.000 freie Stellen. Wenn es gelingt, die Arbeitssuchenden auf die offenen Stellen besser zu vermitteln, wäre auf dem Arbeitsmarkt einiges zu bewegen. Mit den Arbeitsvermittlungsreformen ist es zum Glück gelungen, an dieser Stelle einen Paradigmenwechsel herbeizuführen.



Bei der Analyse der Arbeitslosigkeit wird ein differenzierender Blick benötigt. Momentan gibt es ca. drei Millionen registrierte Arbeitslose. Diese sind zum überwiegenden Teil Langzeitarbeitslose, die Arbeitslosengeld II beziehen. Von den drei Millionen Arbeitslosen haben 500.000 keinen Schulabschluss. Dieser Personenkreis bezieht fast ausnahmslos Arbeitslosengeld II. Und von den Langzeitarbeitslosen hat die Hälfte keinen Berufsabschluss. Die Zahlen sagen deutlich, was getan werden muss, um in Zukunft jedem versprechen zu können, dass er Arbeit findet. Natürlich wird das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit auch von der Konjunktur beeinflusst. Aber die Langzeitarbeitslosigkeit folgt noch anderen Gesetzen. So kann es passieren, dass selbst während eines Booms mit hohen Wachstumsraten ein großer Teil dieser Menschen nicht in Arbeit vermittelt wird. Verschlössen wir hiervoor die Augen, würden wir eine der wichtigsten Aufgaben nicht beachten. Übrigens resultiert hieraus auch die optimistische Botschaft, dass manchem Langzeitarbeitslosen selbst in schlechter wirtschaftlicher Lage geholfen werden kann, wenn die Ursachen angegangen werden.

Arbeit in Deutschland wird immer mehr qualifizierte Arbeit sein. Hierbei geht es nicht nur um Hightech-Stellen, also nicht nur um die viel disku-



tierten Ingenieure, sondern es geht insbesondere um eine ordentliche Berufsausbildung für qualifizierte Arbeit. Zwar wird es auch in Zukunft Arbeit für gering Qualifizierte geben, aber deutlich weniger als heute oder noch vor 20 Jahren. Deshalb müssen wir die Qualifikation der Arbeitnehmer verbessern. Dies bedeutet konkret, dass die Schulen besser werden müssen. Es kann nicht sein, dass jedes Jahr 80.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Es kann nicht sein, dass ein Viertel derjenigen, die die Hauptschulen verlassen, mit Rechnen, Lesen und Schreiben Schwierigkeiten haben und deshalb auch Schwierigkeiten in ihrem Job haben werden.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass es lebenslang einen Anspruch gibt, sein Leben zu verbessern. Deshalb habe ich bei der Reform der Arbeitsmarktpolitik darauf Wert gelegt, dass man ungeachtet seines Alters, also auch mit 42 oder 51, jederzeit verlangen kann, seinen Schulabschluss nachzuholen. Arbeitslosen wird dies bezahlt, und sie erhalten hierdurch die Möglichkeit, ihr Leben zu verbessern. Ich glaube, dass dies ein großer moralischer und symbolischer Durchbruch und ein richtiger Ansatz ist. Des Weiteren müssen wir Sorge dafür tragen, dass jeder eine Berufsausbildung erlangt. Ich lege viel Wert auf Lehre und Berufsausbildung, die in ihrer Bedeutung für den Arbeitsmarkt der Zukunft unterschätzt werden. Wenn wir einerseits für die Zukunft Deutschlands eine Akademikerquote von 30 bis 40 Prozent be-

nötigen, dann möchten andererseits 60 bis 70 Prozent mit einer ordentlichen Berufsausbildung ein gutes Leben führen können. Wenn wir diese Ausbildung in ihrer zentralen Bedeutung in Deutschland nicht wichtig genug nehmen, zerstören wir die Zukunftsmöglichkeiten vieler Menschen und die unseres Landes. Wir müssen daher die Berufsschulen aufwerten. Auch an einer Berufsschule sollte die Fachhochschulreife erworben werden können, wie dies in der Schweiz der Fall ist. 10 bis 20 Prozent der Ingenieure kommen dort aus Berufsschulen. In Deutschland werden demnächst die Hochschulgesetze der Länder geändert, um Universitäten für Meister und Personen mit einschlägiger Berufserfahrung zu öffnen.

Berufsausbildung und Ausbildung sind die entscheidenden Stellgrößen, die wir verändern können. Hinzu kommt die Sprachproblematik. Demjenigen, der kein Deutsch kann, werden wir, wenn er arbeitslos ist, Deutsch beibringen. Hierfür wird ohne Ausnahme ein flächendeckendes Angebot gemacht werden. Alle sollen die Sprachkompetenzen erlangen, die notwendig sind, um auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen.

„Gute Arbeit“ bedeutet also qualifizierte Arbeit. Zur „Guten Arbeit“ gehört auch Weiterbildung, wobei es hierbei nicht nur um Aufstieg geht. Die Aufstiegsperspektive wurde bislang zu stark in den Vordergrund gestellt. Für viele Menschen gibt es auch die Perspektive, das, was man hat, zu sichern, und weil die Arbeitswelt sich ändert, muss man etwas dazulernen. Beides muss möglich sein: der Aufstieg, aber auch die Sicherung des Qualifikationsniveaus.

Wer mit 16 die Schule verlässt, muss fünf Jahrzehnte arbeiten. Es darf daher nicht angehen, dass man mit 22 oder 31 Jahren körperlich so durch die Arbeit belastet wird, dass man mit 48 oder 54 nicht mehr arbeiten kann. Zu Recht wird deshalb über altersgerechtes Arbeiten diskutiert. Aus mei-

ner Sicht gehört zu dieser Arbeit auch, dass sie als wichtiger und guter Teil des eigenen Lebens begriffen wird. Viele von uns tun so, als ob der gute Teil immer erst nach der Arbeit beginnt: am Feierabend, am Wochenende, im Urlaub oder wenn man endlich in Rente ist. Was aber so viel von unserem Leben beansprucht, so viel Zeit und so viel Engagement, darf nicht etwas sein, von dem wir immer hoffen, dass es endlich vorbei ist. Arbeit muss einen eigenständigen guten Platz im Leben haben. Deshalb gehören gute Arbeitsbedingungen unbedingt dazu. Dazu zählt auch die Souveränität der Arbeitnehmer, über ihre Zeit zu verfügen – zum Beispiel für die Kinder, Familie, Weiterbildung etc. Mit der Einführung von Elternzeit und Elterngeld, dem Ausbau der Kinderbetreuung, deren Fehlen übrigens der wichtigste Grund für die Beschäftigungsprobleme von Alleinerziehenden ist, haben wir in diesem Bereich schon einiges getan. Ferner haben wir ein neues Gesetz zur Einführung eines Langzeitarbeitskontos auf den Weg gebracht. Zwar müssen noch einige technische Fragen geklärt werden, aber meine Hoffnung ist, dass in Zukunft jeder Arbeitnehmer weiß: Ich habe ein Arbeitszeitkonto, auf das eingezahlt wird (theoretisch ist sogar ein Minusguthaben möglich), und dieses Arbeitszeitkonto benutze ich für all die Dinge, die mir wichtig sind.

Es gibt auf dem Arbeitsmarkt unterschiedlich qualifizierte, unterschiedlich bezahlte und unterschiedlich attraktive Tätigkeiten. Dies ist schwerlich veränderbar. Veränderbar ist aber, dass es Arbeit gibt, die so schlecht bezahlt wird, dass selbst bei Vollzeittätigkeit der Lebensunterhalt nicht davon bestritten werden kann. Das verletzt die Würde der Person. Wir müssen dafür sorgen, dass die Löhne anständig sind. Zwar ist dies eigentlich eine Sache der Tarifpolitik. Aber die zahlreichen tariflosen Zustände und die vielen Unternehmerverbände ohne Tarifzugehörigkeit

zeigen, dass etwas schiefgegangen ist und sich dies in Deutschland wieder ändern muss, übrigens auch im Interesse der Unternehmen. Deshalb setzen sich die Sozialdemokraten für Mindestlöhne ein. Mindestlöhne sind in anderen Ländern die Regel, keine zu haben ist die Ausnahme. In Deutschland haben wir eine sehr große Zahl von Arbeitnehmern, die sehr wenig verdienen. Wir versuchen dies mit dem Arbeitnehmerentsendegesetz zu ändern. Aber wir wollen auf lange Sicht einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, der vor dem freien Fall nach unten schützt. Ich bin dafür, dass wir uns für gute Löhne einsetzen und uns gleichzeitig nicht auf den Ökonomismus der Neoliberalen und der Neolinken einlassen. Beide unterstellen der Mehrheit der Menschen eine Einstellung zur Arbeit, die, wenn sie real existierte, zum Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft beitragen würde.

Wenn wir von „Guter Arbeit“ sprechen, sprechen wir natürlich von der Bedeutung, die sie für unser Leben, für unsere Kultur, für unser Selbstbild hat. Deshalb will ich daraus eine Perspektive für eine gute Gesellschaft, in der „Gute Arbeit“ eine große Rolle spielt, formulieren. Es sind vier Sätze, die ich für Kernelemente einer guten Politik der Arbeit halte:

- Wer sich anstrengt, muss etwas davon haben.
- Wer sich Mühe gibt, muss sein Leben verbessern können.
- Es darf keine unüberwindbaren Widerstände geben.
- Keiner darf am Wegesrand zurückbleiben.

Zu „Guter Arbeit“ gehören letztlich natürlich auch die Dinge, die im deutschen Arbeitsleben eine lange Tradition haben: Kündigungsschutz, Betriebsverfassung und Mitbestimmung. Diese sind unverzichtbar, weil sie mit Würde, mit Humanität und mit Freiheitsrechten zu tun haben.

Jutta Allmendinger



Was ist „Gute Arbeit“? „Gute Arbeit“ ist Arbeit, die man gerne macht. Aus Umfragen wissen wir, dass es für die Menschen am wichtigsten ist, dass ihnen die Arbeit Spaß macht und Sinn gibt. Dies sind intrinsische Grundlagen für „Gute Arbeit“, die nicht sofort mit mehr oder weniger Geld verbunden sind. Geld ist ein extrinsischer Faktor, der bei vielen gar nicht so hoch gewichtet wird, wie gemeinhin gedacht wird. Menschen erwarten von ihrer Arbeit ein Auskommen, Sicherung und die Perspektive, genügend Geld zum Leben zu haben, aber es geht ihnen zunächst einmal nicht um ein Je-mehr-desto-besser. Die Menschen erwarten von ihrer Arbeit Anerkennung und Respekt von Kollegen und Arbeitgeber sowie Rückmeldung über ihre Leistung. Notwendig sind aber auch transparente und gerechte Verhältnisse. Unterschiedliche Maßstäbe für gleiche oder vergleichbare Arbeit sind zermürbend.

Bei den gut Qualifizierten haben wir eigentlich seit langer Zeit Vollbeschäftigung. Akademiker sind mit einer Arbeitslosenquote von 3,2 Prozent vollbeschäftigt. Es gibt lediglich temporäre Arbeitslosigkeit, da es manchmal etwas dauert, bis ein Job gefunden wird. Bei Akademikern besteht das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit während des gesamten Berufslebens eigentlich nicht. Als gut gebildete Personen haben sie auch wesentlich

mehr Zugänge zu Weiterbildung. Bei ihnen zählt nicht eine Bildung, die für das ganze Leben reichen muss, sondern die Möglichkeiten für lebenslanges Lernen sind bekannt und werden genutzt. Da hohe formale Bildung immer noch sozial vererbt wird, haben Akademiker den weiteren Luxus der relativen Sicherheit, dass ihre eigenen Kinder in einer ähnlichen Situation sein werden.

Auf der anderen Seite unterschätzen wir die Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten, die nicht nur eine temporäre, sondern eine quasi das ganze Leben prägende und auch eine an die nächste Generation vererbte Arbeitslosigkeit ist. 26 Prozent der 15-jährigen Männer in Deutschland sind „funktionale Analphabeten“, was eine weit größere Zahl ist als jene sechs bis acht Prozent, die keinen Hauptschulabschluss haben. Das heißt, wir reden über eine sehr große Anzahl von Personen, die wir verlieren. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung brauchen wir jedoch jede einzelne Arbeitskraft und dürfen niemanden verlieren. Zu lange haben wir uns den Luxus erlaubt, zu glauben, auf diese Personen verzichten zu können. Es wäre anmaßend – und es ist empirisch falsch –, über sie zu sagen, dass sie einfach zu dumm oder nicht ausbildungsfähig sind. Sie wurden einfach viel zu früh fallen gelassen. Es wurde nicht hingeschaut, sie wurden in einem frühen Alter nicht individuell betreut. Das heißt, wir haben gewartet, bis sie auffällig wurden, bis sie in Förderschulen kamen, bis sie den Hauptschulabschluss nicht geschafft haben. Und erst dann setzen wir mit enormen Mitteln der Bundesagentur für Arbeit an.

In Deutschland hat sich eine Kultur entwickelt, die als Kultur des Wegschauens bezeichnet werden kann. Der Zynismus besteht darin, dass beispielsweise beim Bildungssystem jeder dem anderen

Vorwürfe macht. Die Eltern sagen: Die Lehrer sind schuld. Die Lehrer sagen: Die Eltern kümmern sich nicht. Die Arbeitgeber sagen: Die Kinder sind zu dumm. Wir sagen: Die Politik versagt. Die Politik sagt: Die Wissenschaft versagt. Wir beide sagen vielleicht: Die Wirtschaft versagt. Jede dieser Aussagen ist zynisch und führt zu einem Stillstand. Nie schauen die einzelnen Gruppen auf sich selbst und krepeln die Ärmel hoch, um in ihrem eigenen Bereich tätig zu werden und dort etwas zu ändern. In diesem Land tut eine ganz andere Kultur des bürgerschaftlichen Engagements not.

Wir brauchen aber auch eine frühkindliche, hochqualitative Bildung der Kinder. Präventive Bildungspolitik ist die wirksamste aller Sozialpolitiken. Bei dem gegenwärtigen Stand unseres Bildungssystems ist Vollbeschäftigung nicht zu erreichen. Insbesondere im Bereich der Niedrigbildung – damit sind nicht nur Qualifikationen, sondern (im Übrigen auch soziale) Kompetenzen gemeint – findet der notwendige Fortschritt nicht statt. Wir gehen fälschlicherweise immer noch davon aus, dass die eine am Anfang des Lebens erworbene Bildung für ein ganzes Leben reicht. Weil aber das Leben immer länger und die Halbwertszeit des Wissens immer kürzer wird, muss viel systematischer, als es bislang geschieht, in Weiterbildung investiert werden. Allerdings muss es auch Zeit für Weiterbildung geben und das Verhältnis von Zeit-Geben und Geld-Geben muss anders justiert werden.

Die bestehenden unglaublich rigiden Altersgrenzen müssen beseitigt werden. In unseren Köpfen existieren klare, für alle Personen gleiche Vorstellungen darüber, wann man in das Erwerbsleben ein- beziehungsweise austritt. Wir wissen ganz genau, dass alle Personen im Alter von sechs Jahren in die Schule gehen können, dort altersgleich erzogen und nach wenigen Jahren auf drei unterschiedliche Schultypen verteilt werden. Es besteht dabei die Hoffnung, dass kompetenz- oder fähigkeitsgleich erzogen wird. Das Bestreben, so wenig wie möglich mit anderen zusammenzukommen,



mit Personen, die älter sind, die weniger Fähigkeiten mitbringen, die aus einem anderen Elternhaus kommen, muss überwunden werden. Die Möglichkeiten, die eine Heterogenität im Zusammenleben mit sich bringt, werden unterschätzt. „Gute Arbeit“ bedeutet daher auch einen wesentlich größeren Mut zu stärkerer Heterogenität. Auch muss die deutsche Kultur der Kontinuität, der ununterbrochenen Erwerbstätigkeit, sei es in gleichen oder unterschiedlichen Betrieben, überwunden werden. Ununterbrochene Erwerbsbiographien dürfen nicht das alleinige Ziel sein. Wir müssen vielmehr perforierte Lebensläufe suchen und diese auch finanzieren. Die Biographien sollen nicht einheitlich sein, es können unterschiedliche Phasen auftreten: Pflege Älterer, Erziehung von Kindern, Weiterbildung, Pflege der eigenen Hygiene etc.

Wenn wir über „Gute Arbeit“ reden, muss schließlich auch die Entwicklung hinterfragt werden, die sich in allen Bereichen des Arbeitslebens abzeichnet, nämlich die Reduktion von Sockelverdiensten und das Aufblähen von Zusatzleistungen, die bei besonderen Zielerreichungen gegeben werden. Dieses Missverhältnis von Sockel- zu Zusatzbeiträgen schadet, weil zu viele unintendierte Leistungen auf spezifische Tätigkeiten ausgerichtet werden und im Gegenzug viel der persönlichen Innovationsfähigkeit verloren geht. Weil zunehmend standardisierte Erwartungen an Personen bestehen, in welche Richtung sie sich zu entwickeln haben, werden die Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten jedes Einzelnen eingeschränkt und Innovation behindert.

Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik: Ganz nah am Wandel der Gesellschaft
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzprogramm der SPD – Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln – Der „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD in der Debatte
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Grundwerteforum21: Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland – Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat
Perspektiven eines modernen Religionsgemeinschaftsrechts
- Nr. 21 Antisemitismus – Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Forum Soziale Demokratie
Jung, politisch, sucht –
Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Die Würde des Menschen ist unantastbar – Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld internationaler Politik
- Nr. 25 „Im Schatten des Minarets“
Moscheebaukonflikte in Deutschland
- Nr. 26 Forum Soziale Demokratie
Die neue Klassengesellschaft?
- Nr. 27 „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“
Zwei unterschiedliche Begriffe – ein Phänomen der Diskriminierung?
- Nr. 28 Bildungsforum21
Bildungspolitischer Handlungsbedarf durch die Europäisierung der Berufsbildung

